

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/180

Bonn, den 21. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Das Tor offenhalten</u>	90
	Sozialdemokraten - Pioniere für ein vereintes Europa Von Egon Heinrich	
2a	<u>Reise in die Sowjetunion</u>	52
	Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB	
3 - 4	<u>Gesuch um Einstellung Nr.</u>	77
	Trag' mich mal! - Durchleuchtung im Personalbüro	
5 - 6	<u>Der große Knall nach der Dämonsglocke</u>	100
	Immer schneller, auch im zivilen Luftverkehr	

Das Tor offenhalten

Sozialdemokraten - Pioniere für ein vereintes Europa

Von Egon Heinrich

"Ein demokratisches Europa, das allen demokratischen Staaten offensteht". Dieser Satz leuchtete zwei Tage lang von der Bühne des Palazzo degli Uffizi in Rom, wo der 6. Kongreß der sozialistischen Parteien der europäischen Gemeinschaften stattfand. Für die sechs sozialdemokratischen Parteien der EWG ist dieser Satz kein leeres Schlagwort. Wie schon seit vielen Jahren, so wurde dies auf dem Kongreß in Rom wieder recht eindeutig bewiesen. Denn zwei Hauptforderungen stehen für die europäischen Sozialdemokraten an erster Stelle ihres politischen Denkens und Handelns: Das ist einmal die Offenheit der EWG gegenüber allen beitragswilligen Staaten, die über eine demokratische Regierungsform verfügen. Ferner das Bestreben, die Spaltung in die Wirtschaftsböcke EWG und EFTA zu überwinden, den unterentwickelten Ländern zu helfen und zu einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA zu gelangen. Sodann ist für die sechs Parteien die Beachtung der demokratischen Prinzipien beim Aufbau Europas unerlässlich. Dieses Problem ist in den letzten Jahren dadurch besonders dringend geworden, daß den sechs nationalen Parlamenten in der EWG immer mehr Befugnisse verloren gehen, daß andererseits aber das Europäische Parlament keinen entsprechenden Zuwachs an Kompetenzen erfährt. Im Gegenteil: Bei der jetzt geplanten Fusion der Exekutiven sollen die Rechte des Europäischen Parlaments sogar noch eingeschränkt werden.

Die wirtschaftlichen Außenbeziehungen und die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft waren denn auch beide Hauptthemen des Kongresses. Zur Außenwirtschaftspolitik der EWG legte die Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, die SPD-Bundestagsabgeordnete Kate Strobel, einen Bericht vor. Die Demokratisierung wurde von dem Holländer Van der Gies van Noers behandelt. In den Europäischen Gemeinschaften sehen die Sozialdemokraten keinen Club von sechs reichen Industrienationen. Die Überwindung der Armut in der Welt ist für sie Aufgabe und Herausforderung zugleich. Von der beim Kongreß anwesenden Mitgliedern sozialistischer Parteien aus den Entwicklungsländern (Senegal und Madagaskar) wurde dieses Bekenntnis lebhaft begrüßt. Die Kennedy-Runde soll nicht nur einer transatlantischen Handelsausweitung dienen, sondern auch zur Partnerschaft Europa - USA beitragen. Die nach dem ermordeten US-Präsidenten benannte Kennedy-Zollsenkungs-Runde bietet die einmalige Chance, die Handelspolitik der EWG von Protektionismus und Diskriminierung - vor allem auf den Agrarsektor - zu befreien. In einer aktiven Osthandelspolitik sieht man einen Beitrag zum Abbau der Ost-West-Spannungen.

In Juni hat der EWG-Kommissions-Präsident Prof. Hallstein von dem Glanz gesprochen, der von den ersten sechs Jahren des Gemeinsamen Marktes ausstrahlt. Die wirtschaftlichen Erfolge der EWG wurden auch von dem Kongreß in Rom nicht bestritten. Doch sieht man in den bestehenden Gemeinschaften EWG, Montanunion und EURATOM lediglich Schritte auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa. Die durch das Veto de Gaulles vom Januar 1963 ausgelöste politische Krise ist noch nicht überwunden. Der italienische Außenminister Saragat, der stellvertretende belgische Außenminister Payot und der stellvertretende luxemburgi-

sche Regierungschef Cravatte bestätigten diese Meinungsverschiedenheiten unter den Sechs. Um die Differenzen zu überwinden, ist nach Auffassung Saragats ein klarer, entschlossener politischer Wille notwendig. Der französische Sozialistenführer Guy Mollet bezeichnete de Gaulle als den Schuldigen an der gegenwärtigen Stagnation. Es bestehe keine Hoffnung, daß de Gaulle seine Meinung ändern werde. Der Gaullismus fördere auch nationalistische Tendenzen in anderen Ländern Europas. Doch sei der Gaullismus als eine politische Episode nicht mehr von langer Dauer.

Die von dem belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak vor der WEU in Paris gemachten neuen Vorschläge zur Bildung einer politischen Europa-Union wurden von den Kongreßteilnehmern begrüßt. Nach Ansicht des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Fritz Erler, sind die Vorschläge geeignet, einer bisher fruchtlosen Diskussion neuen Auftrieb zu geben; sie müßten wohlwollend geprüft werden. Allerdings dürften Zusammenkünfte der sechs Regierungschefs zur Beratung einer gemeinsamen Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik nicht zu einer Schwächung der bestehenden Gemeinschaftsorgane führen. Die deutsch-französische Freundschaft ist das Fundament der Europäischen Gemeinschaft und der atlantischen Solidarität. "Ohne Deutschland und Frankreich gibt es keine europäische Einigung, ohne die USA keine europäische Sicherheit", sagte Fritz Erler. Bei der deutsch-französischen Freundschaft handele es sich nicht um technische Zusammenarbeit, sondern um eine dauerhafte Aussöhnung. Die deutsch-französische Freundschaft darf jedoch nicht zu einem "Nationalismus zu Zweit" führen.

Wie die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments, so präsentierten sich auch die sozialdemokratischen Parteien der EWG bei ihrem sechsten Kongreß in Rom wieder als eine politische Kraft, die zu entschlossenem dynamischem Handeln für ein vereintes Europa in nationalen und supranationalen Bereich bereit ist. Ihre Stärke schöpfen die sechs Parteien aus ihrer Einigkeit und aus der Solidarität mit den Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale. Sie sind bereits in drei Ländern der EWG maßgeblich an der Regierungsverantwortung beteiligt; in Großbritannien und der Bundesrepublik dürften sie kurz vor der Regierungsverantwortung stehen. Um mit Fritz Erler zu sprechen, ist man sich unter den europäischen Sozialdemokraten aber auch bewußt, daß man nicht alles allein erreichen kann, sondern oft andere politische Kräfte braucht.

Reise in die Sowjetunion

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB

Zwischen dem 31. August und dem 14. September d.J. beteiligte ich mich an einer privaten Gruppenreise nach Moskau, Sogorsk und Leningrad. Zu den 38 Teilnehmern gehörten vornehmlich Schriftsteller, Mitarbeiter verschiedener Verlage und westdeutscher Rundfunkanstalten sowie Theologen, Juristen, Ärzte und Wirtschaftler. Mir ging es u.a. darum, im Abstand von zehn Jahren seit meiner ersten Rußlandreise, die ich 1954 auf Einladung des Patriarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche unternahm, konnte, etwas von der seitherigen Entwicklung wahrzunehmen.

Stalin ist nicht nur aus dem Mausoleum am Kreml verschwunden, sondern überhaupt aus jeder Erwähnung getilgt. Die Menschen sind spürbar aufgelockert. In Moskau und Leningrad hat der Wohnungsbau seit 1954 enorme Fortschritte gemacht. Die damalige permanente Wirrnis von Fußgängern und Autos im Zentrum von Moskau ist durch weitgreifende Unterführungen für die Fußgänger unter den Straßen behoben. Ansprechend ist die Sauberkeit der Straßen. Es ist streng verpönt, Papier, Zigarettenstummel oder dergleichen auf die Straße zu werfen; dafür stehen in geringen Abständen Kübel zur Verfügung. Hunde sieht man überhaupt nicht.

Das Reiseprogramm war so intensiv und wegen der unterschiedlichen Wünsche der Teilnehmer so vielgestaltig, daß keiner alles wahrnehmen konnte. Überall wurden wir sehr freundlich aufgenommen. Nur selten wurde an den vergangenen Krieg erinnert; der Grundton aller Gespräche ging dahin, daß ein neuer Krieg nicht mehr sein darf.

Hervorzuheben ist eine Begegnung mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet der Union, Spiridonow, im Kreml, in der entgegengesetzte Standpunkte zur Deutschlandfrage, aber auch ein gemeinsames Interesse an Begegnung und Aussprache zum Ausdruck kamen. Die Einladung an den Deutschen Bundestag zu einem Besuch von Abgeordneten in Moskau wird aufrechterhalten. Sollte man ihr nicht endlich Folge leisten? Für Kommunalpolitiker war eine Aussprache mit dem Sekretär des Stadtsowjets von Leningrad, Christophorow, interessant. Er erläuterte das kommunale Wahlrecht, die Arbeitsweise der Stadtverwaltung, ihre vornehmlichen Aufgaben und deren Finanzierung.

Eindrucksvoll sind die Breite und Intensität der Bildungsarbeit. Zumal für alle Gebiete der Technik und Naturwissenschaften stehen eine Fülle von Hochschulen mit großen Lehrkörpern zur Verfügung. An der Universität in Leningrad entfallen z.B. auf 16000 Studenten (darunter 1400 Ausländer) nicht weniger als über 1400 Professoren, Dozenten und Assistenten.

Das Kloster und die Akademie der Russisch-Orthodoxen Kirche in Sogorsk wurden von allen Teilnehmern - übrigens einen Tag vor dem Vorfall - von dem deutschen Botschaftsangehörigen Schwirkmann - besucht. Bei der Baptistengemeinde in Moskau nahmen etliche der Gruppe an einem Gottesdienst teil. Wir erboteten Grüße und haben ebensolche nach hier zu übermitteln.

Was erbringt eine solche Reise? Sie begründet oder vertieft persönliche Bekanntschaften; sie trägt zum Verstehen der beiderseitigen Verhältnisse und Auffassungen bei. Sie löst nicht die Weltprobleme, aber sie kann dazu helfen, daß aus kleinen Schritten eines Tages, wie wir das alle hoffen, eine Überbrückung der Gräben entsteht. So war sie gemeint und so wurde sie aufgenommen.

Gesuch um Einstellung Nr.

Frag' mich mal! - Durchleuchtung in Personalbüro

sp - Im Tarifgebiet für die Metallindustrie in Nord-Württemberg und Nord-Baden wird den auf Stellenangebote sich Meldenden ein vier-seitiger Fragebogen in die Hand gedrückt. Erst nachdem dieser ausgefüllt und bearbeitet ist, wird über die Einstellung entschieden. Folgerichtig trägt der Fragebogen denn auch die fette Überschrift: GESUCH UM EINSTELLUNG Nr.

Welche Religion haben Sie und Ihre Frau?

Überfliegt der Nachfragende die sküberlich in sechs römisch bezifferte Hauptabschnitte gegliederten Fragen - es sind mehr als sechzig -, so stößt er unter I. Familienstand auch auf die Frage nach der Religion des Ehemannes und der Ehefrau. Nun ist diese Frage bei allen amtlichen Fragebogen, insbesondere auch den Bewerbungsformularen der Arbeitsämter, sorgfältig ausgekommen. Damit soll der Bestimmung im Grundgesetz genügt werden, wonach niemand durch seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft Nachteile haben darf. Die Religionszugehörigkeit ist aus steuerlichen Gründen auf der Lohnsteuerkarte eingetragen, die gewöhnlich erst nach vollzogener Einstellung abgegeben wird. Wird die Angabe der Religionszugehörigkeit ausdrücklich vorher in einem Einstellungsgesuch abverlangt, so wird der Arbeitgeber dadurch in die Lage versetzt, diese Kenntnis seiner Entscheidung mit zugrunde zu legen, also sie zum Vorteil oder Nachteil des Arbeitnehmers auszuwerten. Solche Möglichkeiten sollten im Interesse des Konfessionsfriedens im Bereich der Wirtschaft auf das peinlichste vermieden werden.

Haben Sie Schulden über 200.- DM?

In der einleitenden Vorbemerkung des Fragebogens, dessen Druck und Vertrieb in Schwabenverlag AG., Abteilung Formularverlag, Stuttgart, Lendhausstr. 23, erfolgt, heisst es u.a.: Durch meine Unterschrift bestätige ich, dass die nachstehenden Angaben der Wahrheit entsprechen. Ich anerkenne, dass die Bestimmungen des Tarifvertrages für die Metallindustrie in Nord-Württemberg und Nord-Baden für mich massgebend sind.

Eine solche Erklärung erhebt falsche Angaben zum Betrugstatbestand. Also muss der Befragte sich auf jede Frage hin offenbaren; auch

über die nach "sonstigen Unterhaltspflichten" und nach "Schulden über 200,- DM, auch aus Abzahlungskäufen". Und weiter: Liegen Pfändungen vor und sind solche zu erwarten?

Dagegen lässt sich mancherlei einwenden. Sind Unterhaltspflichten ein negatives Merkmal für die Eignung eines Bewerbers? Und gehören seine privaten Schuldverpflichtungen nicht zu seiner Intimsphäre? Was heisst denn überhaupt "Schulden"? Die Erwerber eines Eigenheims sind meist mit Hypotheken für lange Zeiträume belastet. Werden Tilgungsraten und Zinsen nicht prompt geleistet, so ergeben sich auch daraus Pfändungen.

- * Solche Fragen durchbrechen die wirtschaftliche Intimsphäre des
- * Lohnempfängers und bedeuten einen Vorgriff des Arbeitgebers auf
- * das Verfahren zur Ablegung des Offenbarungseides, das nur den Ge-
- * richteten in einem formal genau festgelegten Rahmen zusteht.

Sind Sie vorbestraft?

Von gleichem Kaliber ist die weiterhin auftretende Fragengruppe: Sind Sie vorbestraft? Ja/nein. Grund? Wann? Schwabt gegen Sie ein Strafverfahren? Ja/nein. Wegen? Sind Sie bereit, auf unser Verlangen ein polizeiliches Führungszeugnis beizubringen? Ja, nein.

Wir versagen es uns, die in diesem Fragenkomplex liegenden Übergriffe in die schutzwürdige Rechtssphäre der einen arbeitsvertrags-schliessenden Partei durch die andere näher zu kennzeichnen. Das sollten sich die Tarifvertragspartner sowie die Justizbehörden des Landes Baden-Württemberg angelegen sein lassen. Es versteht sich, dass bei Einstellung eines höheren Angestellten oder eines Kassierers der Vorweis eines Führungszeugnisses verkehrsmässig sein mag. Aber die Durchleuchtung des strafrechtlichen Status sämtlicher Bewerber durch Fragebogen, deren Ergebnisse dann möglicherweise noch auf Lochkarten übertragen und unter Umständen auch bei anderen Angestellten "die Runde" machen, stellt nicht nur den Zweck des Strafvollzugs überhaupt in Frage, sondern vereitelt auch die besten Vorsätze derer, die wieder ein normales Leben führen wollen, ohne dauernd gebrandmarkt zu sein.

Wie Du mir, so ich Dir

Mit dem gleichen "Recht" jedoch, mit dem ein Arbeitnehmer im Tarifgebiet für die Metallindustrie in Nord-Württemberg und Nord-Baden gefragt wird, ob er Schulden hat, wie die Religion seiner Frau ist, und ob er schon einmal im Knast sass, könnte ein Arbeitnehmer auch seinem zukünftigen Arbeitgeber die gleichen Fragen stellen. Schliesslich soll ja ein Arbeitsverhältnis auf einer gegenseitigen Vertrauensgrundlage zustande kommen. Niemand könnte es dem Arbeitnehmer in folgedessen verübeln, wenn er sich vor Übernahme einer Arbeit davon überzeugte, ob sein Chef auch wirklich vertrauenswürdig ist.

Der große Knall nach dem Düsengeheul

Immer schneller, auch im zivilen Luftverkehr

sp - Vor kurzem wurde die deutsche Öffentlichkeit durch Nachrichten alarmiert, aus denen hervorgeht, dass sich in der Umgebung von Militärflugplätzen das Geheul der Düsenjäger gesundheitsschädigend auf die Anwohner auswirkt. Besprechungen zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und den Vertretungen der Gemeinden, die in der Nähe von Militärflugplätzen liegen, sind noch im Gange. Hierbei sollen die Interessen der Bevölkerung und die Interessen der Landesverteidigung aufeinander abgestimmt werden.

Weltgesundheitsorganisation warnt

Kun weiss man, dass auch die Zivilluftfahrt aller Länder im Begriff ist, den Flugbetrieb in den nächsten Jahren ganz auf Düsenmaschinen mit Überschallgeschwindigkeit umzustellen. Die Weltgesundheitsorganisation hat sich mit diesem Problem beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gelangt, dass wir in einigen Jahren nach dem jetzt schon die Gesundheit vieler Menschen schädigenden Düsengeheul auch mit einer ständigen Knallerei rechnen müssen, wenn die grossen Düsenmaschinen die Schallmauer durchbrechen.

Nerven, Nerven!

Sollte die Vernunft nicht noch ein Wunder bewirken, wird es in wenigen Jahren über unseren Köpfen nicht nur ohrenbetäubend dröhnen, sondern auch knallen. Jedesmal, wenn eine der Überschallgeschwindigen Verkehrsmaschinen, an deren Entwicklung Amerikaner und Russen, Briten und Franzosen fieberhaft arbeiten, startet, wird ein fürchterlicher Knall Zehntausende oder Hunderttausende von Menschen aus ihrer Arbeit, aus ihrem Vergnügen oder aus dem Schlaf schrecken. Unsere Häuser werden erzittern, Fensterscheiben zersplittern. Es wird gefährlich sein, einen Säugling in der Nähe eines geschlossenen Fensters zur Ruhe zu betten; gefährlich, eine Häuserfront entlangzugehen. In den Kunstrassen werden Gemälde von den Wänden fallen. Keine Andacht, keine wissenschaftliche Vorlesung, keine Schulstunde, kein Konzert, kein Gespräch im Familien- oder Freundeskreis ohne den allgegenwärtigen Knall.

Der Knall wird kein einmaliger Zufall sein, wie es schon jetzt ab und zu vorkommt, wenn ein Düsenjäger die Schallmauer durchbricht. Nein, nach jedem Start, einmal, zweimal oder zwanzigmal täglich und in der Nacht. Vielleicht wird unser Gehör darunter leiden. Sicher werden unsere Nerven zerrüttet.

Wofür dieser Preis?

Es ist völlig gleichgültig, ob die Knallmaschinen mit doppelter (wie die französisch-britische "Concorde") oder mit dreifacher Schallgeschwindigkeit (wie die amerikanische A 11) fliegen werden. Entscheidend ist einzig die Frage, ob die Opfer, die der Bevölkerung aller Länder zugemutet werden, in irgend einem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen dieses "Fortschrittes" stehen. Hier ist natürlich nicht vom Nutzen für diese oder jene Unternehmung, für das nationale Prestige dieser oder jener Macht die Rede. Gemeint ist der Nutzen für die Allgemeinheit.

heit. Bisher wurde bezeichnenderweise nicht einmal der Versuch unternommen, einen solchen allgemeinen Nutzen nachzuweisen.

Die wirkliche Triebfeder dieses verhängnisvollen Wettlaufes ist nicht der Dienst an der Allgemeinheit, sondern die Furcht, vom "andern" überflügelt und wirtschaftlich an die Wand gedrückt zu werden. Doch lassen wir die wirtschaftlichen Überlegungen beiseite. Gehen wir darüber hinweg, dass die Überschallmaschinen die heutigen Düsenflugzeuge vorzeitig zum Verschrotten und manche Fluggesellschaft trotz Subventionen aus Steuergeldern zum Konkurs verdammen würden ...

Bitte keine Bagatellisierungsversuche!

Es werden sich "Sachverständige" finden, die "beweisen", dass der Knall erstens "nicht schlimm" und zweitens "völlig unschädlich" sei, daß sich drittens die Konstrukteure des Problems annehmen werden, und daß viertens die Schallmauer erst in grosser Höhe durchstossen werde. Fünftens müsse man deshalb erst einmal warten, um "Erfahrungen" sammeln zu können. Aber das ist ja gerade der Wahnsinn: Unbeschwert von allen Skrupeln baut man ein Ungeheuer, dessen schädliche Auswirkungen überhaupt noch nicht zuverlässig abgeschätzt werden können. Und wenn es dann da ist, wird man bedauernd mit den Achseln zucken und sagen, man habe zuviel Kapital in die Entwicklung der Knallmaschinen investiert, um noch etwas ändern zu können ...

Handeln, bevor es zu spät ist

Haben wir schon zu sehr resigniert, um uns noch zur vielleicht aussichtslosen Abwehr aufzuraffen? Hat es überhaupt einen Sinn, sich dem "Fortschritt" entgegenzustellen? Es hat einen Sinn, das Leben zu schützen. Keine noch so geniale Errungenschaft der Technik verdient den Namen "Fortschritt", wenn sie gegen die Lebensgesetze veretüsst. Es gibt eine Grenze, hinter welcher die unmenschliche Herrschaft der Verantwortungslosigkeit beginnt. Auf vielen Gebieten bereits sind wir in diese Grenzzone geraten. An manchen Stellen wurde der kritische Punkt meist blindlings überschritten. Deshalb gerade, weil wir die Gefahren der Überschall-Hysterie nur zu deutlich sehen, haben wir nicht das Recht, die Hände in den Schoß zu legen.

Wenn das Überschallflugzeug in seiner zivilen Version einmal da ist, wird es hundertmal schwerer, wenn nicht völlig aussichtslos sein, dagegen etwas zu unternehmen. Denn das Gesetz der Konkurrenz zwingt Fluggesellschaften und Flughäfen, mitzutanzten, um nicht ausgeschaltet zu werden.

Europa kann NEIN sagen

Aber heute, bevor der Tanz begonnen hat, besteht noch eine kleine Chance. Die Regierungen, die mit Steuergeldern den Bau der Überschallflugzeuge finanzieren, müssen mit Protesten überflutet werden. Man muss die Einberufung einer zwischenstaatlichen Konferenz fordern, welche die Terrorisierung der Menschheit mit den Überschall-Knall ächtet.

Die europäischen Städte, in deren Nähe interkontinentale Flughäfen liegen, müssen unverzüglich miteinander Fühlung aufnehmen und sich solidarisch verpflichten, Überschallflugzeugen die Landung zu verweigern. Westeuropa als das am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt würde durch die neue Ära im Luftverkehr am härtesten betroffen. Ein entschlossenes NEIN der europäischen Städte (sie stellen einen beträchtlichen Teil des potentiellen "Marktes" dar, den sich die Überschallmaschinen erobern möchten), dem sich überseeische Großstädte anschliessen, könnte sie vielleicht noch verhindern.